

„Prekäre Beschäftigung auf dem Vormarsch: Wie ein Jobwunder entzaubert wird

**Papier des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg zur
Pressekonferenz am 16. Februar 2011**



Vorwort

„Prekäre Beschäftigung auf dem Vormarsch: wie ein Jobwunder zur Seifenblase werden kann“

Von Doro Zinke, Vorsitzender des DGB, Bezirk Berlin-Brandenburg

Wer hinter die Statistiken schaut, bemerkt sehr schnell, dass der vermeintliche Jobboom vor allem auf prekärer Beschäftigung basiert: Zwar haben die sozialversicherungspflichtigen Stellen in Berlin und Brandenburg in den vergangenen Jahren zugenommen, doch das ist nur die halbe Wahrheit. Es entstanden vornehmlich Minijobs, Teilzeitbeschäftigung, befristete Projektarbeitsplätze, Leiharbeit u.ä. Allesamt Stellen, die auf wackligen Füßen stehen und den DGB-Kriterien von „Guter Arbeit“ nicht entsprechen. Denn sie sind schlecht bezahlt, zeitlich befristet, bieten vielfach keine Qualifizierungsmöglichkeiten, ihnen fehlen soziale Standards wie Arbeitssicherheit.

Grund genug für den DGB Bezirk Berlin-Brandenburg nachzuspüren, wie sich die Trends auf dem Arbeitsmarkt in Berlin und Brandenburg in den vergangenen Jahren entwickelt haben. Ob Berlin weiterhin als Hauptstadt prekärer Beschäftigung gilt oder sich Trendwenden ergeben.

Was auffällt ist, der Niedriglohnsektor weitet sich dramatisch aus. Immer mehr Menschen können von ihrem kargen Lohn allein nicht mehr leben und benötigen deshalb staatliche Unterstützung (Aufstocker/innen). Unterstützung für Jobs, die aus Steuermitteln finanziert wird, also Subventionen für geizige Unternehmen durch die Hintertür. Ein arbeitsmarktpolitischer Skandal, der bundesweit Milliarden verschlingt und nicht länger hingenommen werden kann.

Sorgen bereitet uns auch die Leiharbeit, die in der Regel um 40 Prozent schlechter bezahlt wird als reguläre Beschäftigung. Sie bietet kaum Weiterbildungsmöglichkeiten oder die Chance auf Festanstellung und verdrängt zunehmend die Stammebelegschaft. Was als beschäftigungspolitischer Strohalm in konjunkturellen Hochphasen gedacht war, wird zur Dauerlösung. Mit Hilfe von Leiharbeitern betreiben die Unternehmen Lohndumping. Deshalb benötigen sie Gleichbehandlung in Lohnfragen und sonstigen Arbeitsbedingungen.

Laut DGB-Index „Gute Arbeit“, einer Umfrage unter Beschäftigten, sind nur 15 Prozent der befragten aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit ihrem Arbeitsplatz zufrieden. Der überwiegende Teil beklagt fehlende Karrierechancen, zu geringes Einkommen und mangelhafte Arbeitsplatzsicherheit.

Ich möchte an dieser Stelle dem DGB, Bezirk Hessen/Thüringen für die freundliche Unterstützung danken und hoffe, Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Betriebs- und Personalräte sowie und sonstige Multiplikatoren gewinnen mit Hilfe unserer Broschüre ein paar Erkenntnisse und nützliche Hinweise.

I. Daten für Deutschland

A) Da sollte mehr drin sein!

Für diesen ersten Teil unserer Zusammenstellung von „Prekäre Beschäftigung auf dem Vormarsch: wie ein Jobwunder entzaubert wird“ haben wir die „Informationen zur Tarifpolitik des WSI - Elemente qualitativer Tarifpolitik Nr. 70“ sowie Daten des Institut Arbeit und Qualifikation genutzt um so eine Orientierungsgröße für die nachfolgenden Daten und Fakten für Berlin und Brandenburg zu haben.

Unter dem Titel „Da sollte mehr drin sein! Tarifliche Vergütungen im Niedriglohnbereich“ untersuchte das WSI 40 Wirtschaftszweige. Datenstand der Auswertung war Ende März 2010, analysiert wurden Tarifvergütungen in 40 Wirtschaftszweigen mit rund 15 Millionen Beschäftigten.

Das Wichtigste in Kürze

1. 9% der tariflichen Vergütungsgruppen liegen unterhalb von 7,50 €, weitere 7% liegen unterhalb von 8,50€, d.h. 16% der untersuchten Tarifgruppen liegen unterhalb der von den DGB-Gewerkschaften geforderten Höhe von 8,50% für einen gesetzlichen Mindestlohn.
2. Fast drei Viertel der Tarifgruppen liegen oberhalb von 10€.
3. Bewachungsgewerbe, Erwerbsgartenbau, Floristik, Friseurhandwerk, Gebäudereinigerhandwerk und Hotel- und Gaststättengewerbe gehören zu den vom Niedriglohn am stärksten betroffenen Branchen.
4. Niedrige Vergütungsgruppen sind nicht nur, aber auch noch immer ein Ost/Westproblem – die Vergütungsgruppen unterhalb von 7,50€ gelten mehrheitlich in ostdeutschen Tarifbereichen, die Vergütungsgruppen zwischen 7,50 und 8,50 € liegen mehrheitlich in westdeutschen Tarifgebieten.
5. Der Bereich der Mindestlohntarifverträge nach dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz enthält auch einige Vergütungsgruppen im Niedriglohnbereich.
6. Die tariflichen Grundvergütungen in Branchentarifverträgen liegen zum größten Teil (84%) oberhalb des von uns geforderten Mindestlohns von 8,50€.
7. Während im Jahr 1998 in Westdeutschland noch 76 und in Ostdeutschland 63 Prozent aller Beschäftigten durch einen Branchen- oder Firmentarifvertrag erfasst waren, sind es im Jahr 2009 nur noch 65 beziehungsweise 51 Prozent gewesen. Eine ähnliche Entwicklung ist auch zu beobachten, wenn die Zahl der tarifgebundenen Betriebe betrachtet wird.

Fazit

Tarifgebundensein lohnt sich für Beschäftigte! Die große Mehrheit der Tarifgruppen sieht Stundenlöhne von 8,50€ und mehr vor. Wichtige Branchen wie Metall- und Chemieindustrie, Entsorgungswirtschaft, Bank- und Bauhauptgewerbe beginnen sogar erst bei einem Stundensatz von mindestens 10€.

Ein gesetzlicher Mindestlohn von 8,50€ würde auch für viele Tarifbeschäftigte eine effektive Erhöhung ihrer Einkommen bedeuten (89% der Betriebsräte sind dafür einen allgemeinen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen).

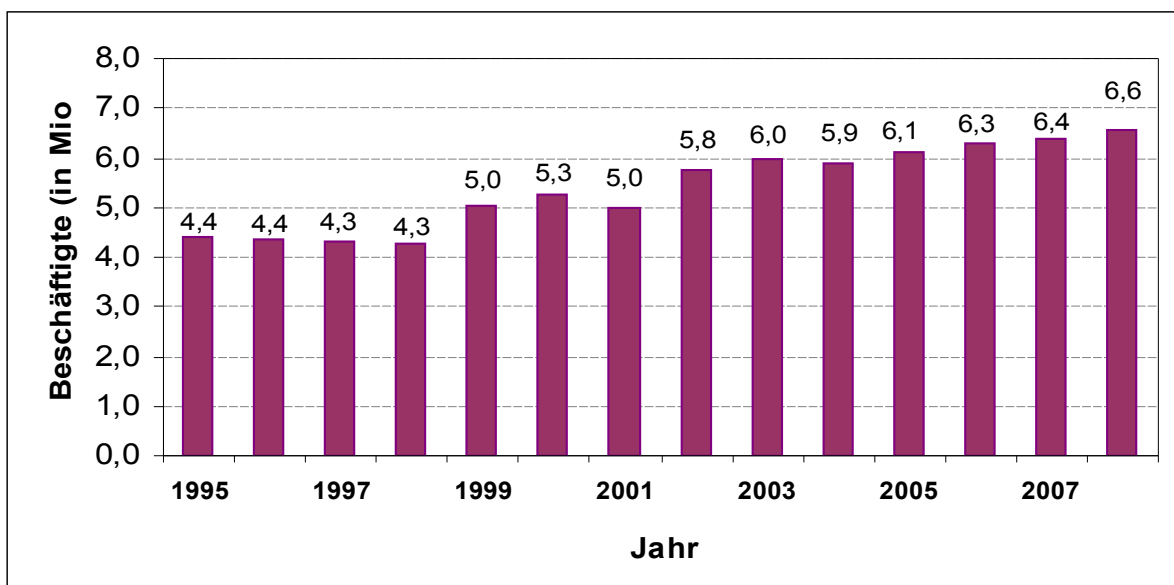
Zwar lässt sich auf der Basis der Vergütungsgruppen nicht ermitteln, wie viele Beschäftigte jeweils konkret von einem tariflichen Niedriglohn betroffen sind, weil in der Regel keine Angaben über die Besetzung der einzelnen tariflichen Gruppen vorliegen.

In etwa einem Dutzend Wirtschaftszweigen aber sind tarifliche Niedriglöhne relativ weit verbreitet, dort sehen jeweils 20 Prozent der Vergütungsgruppen Stundenlöhne von weniger als 8,50€ vor. Da in diesen Branchen nur wenige Beschäftigte Mitglied der Gewerkschaft sind, ist die Verhandlungsmacht gering.

Außerdem stehen Tariflöhne unter starkem Druck, weil viele Betriebe nicht tarifgebunden sind. Nicht zuletzt hat die rückläufige Tarifbindung dazu beigetragen, dass der Anteil der Beschäftigten mit Niedrig- und Armutslöhnen wächst.

Daten und Fakten:

Abbildung 1: Zahl der Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland 1995-2008*



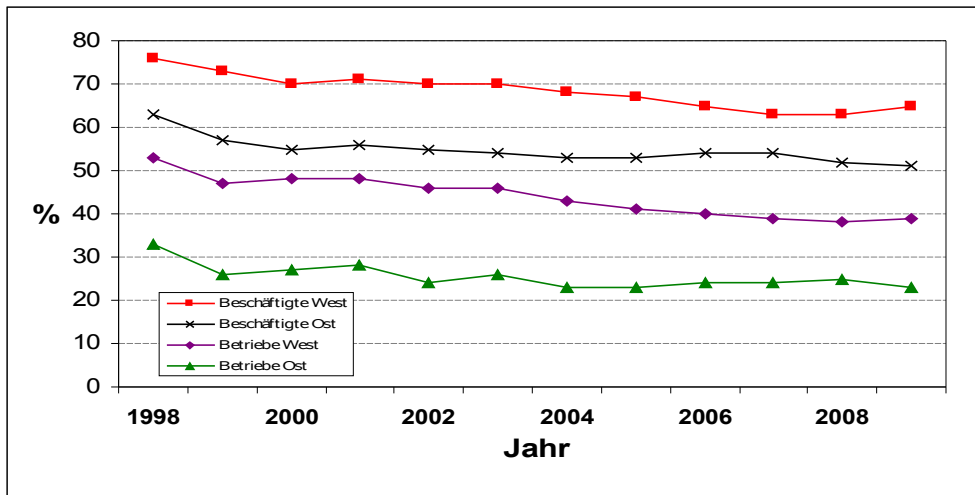
* Differenzierte Niedriglohnschwellen für Ost- und Westdeutschland (inklusive Teilzeit und Minijobs)

Quelle: Institut Arbeit und Qualifikation

Die Zahl der Niedriglohnbeschäftigten steigt kontinuierlich an:

- ✓ 1995 arbeiteten 4,42 Millionen Menschen zu Niedriglöhnen,
- ✓ 2008 arbeiteten 22 % der Beschäftigten bzw. 6,5 Millionen Menschen zu Niedriglöhnen (Stundenlohn von weniger als 9,50€(West-) bzw. 6,78€ (Ostdeutschland), 4,53 Millionen davon waren Frauen.
- ✓ 2,2 Millionen Menschen bekommen für ihre Arbeit pro Stunde weniger als 6€, 1,2 Millionen Menschen sogar weniger als 4€;

Abbildung 2: Tarifbindung in West- und Ostdeutschland nach Beschäftigten und Betrieben 1998 bis 2007 in Prozent:



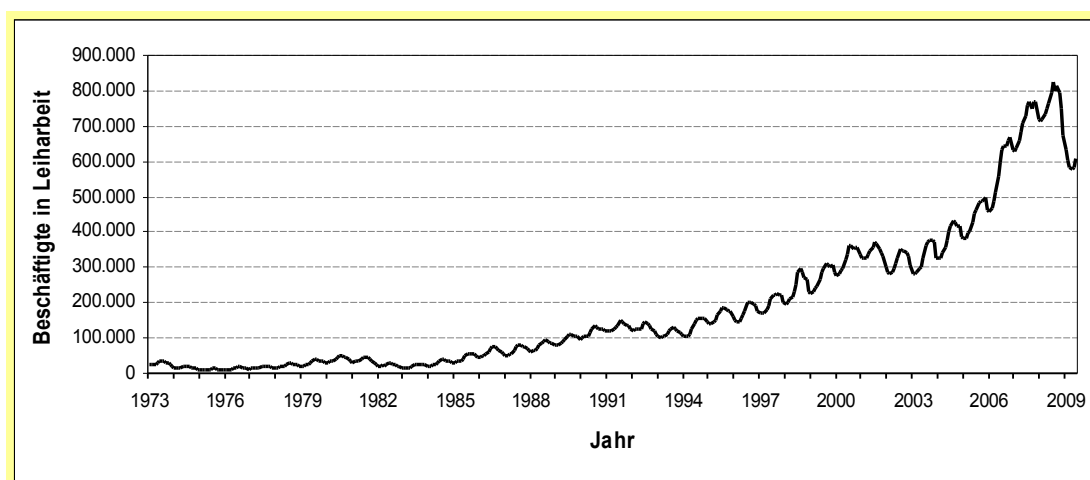
Quelle: WSI - Tarifarchiv

B) Warum wächst der Niedriglohnsektor? Ursachen, Daten und Fakten

Die Ausweitung des Niedriglohnsektors hat verschiedene Ursachen. Wesentliche Gründe sind die Zunahme von atypischer Beschäftigung und Solo-Selbständigen auf der einen Seite und die Abnahme von Normalarbeitsverhältnissen auf der anderen Seite.

Atypische Beschäftigungsverhältnisse haben in den letzten Jahren als betriebliche Flexibilisierungsinstrumente an Bedeutung gewonnen. Wenn atypische Beschäftigung auch nicht automatisch gleichzusetzen ist mit prekärer Beschäftigung, so weisen sie doch vielfach Merkmale von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen auf und sind einer der wesentlichen Gründe für einen wachsenden Niedriglohnsektor. Daher haben wir nachfolgend bundesweit zwei Formen atypischer Beschäftigung näher angeschaut, weil sie mit ihrer Entwicklung durchaus für den Anstieg der Niedriglohnbeschäftigung wesentlich verantwortlich sind: Leiharbeit und geringfügige Beschäftigung.

Abbildung 3: Die Zunahme der Leiharbeit in Deutschland 1973-2009*



Quelle: Bundesagentur für Arbeit

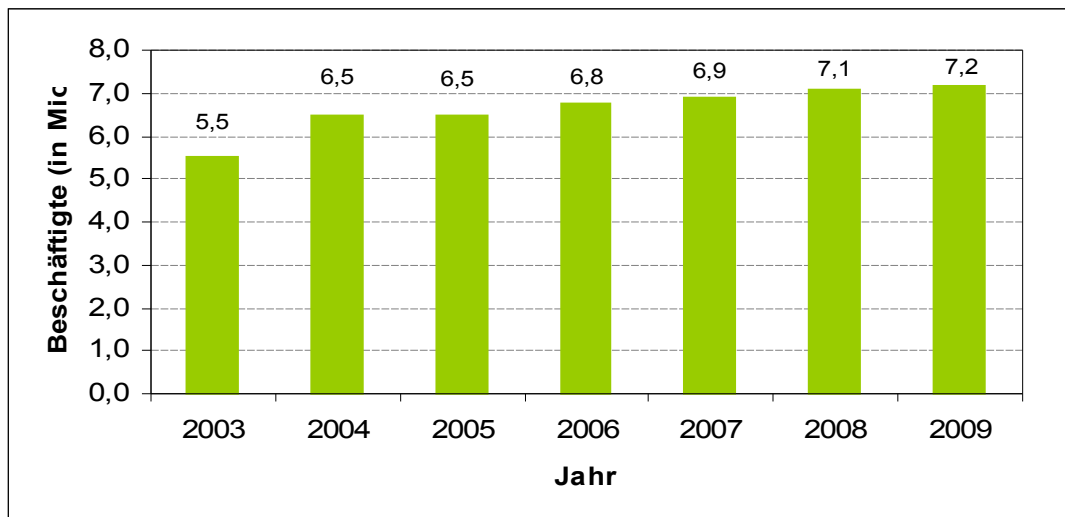
Zwar hat sich die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter seit Anfang der 1970er Jahre im Trend erhöht, aber insbesondere ab 2004 ist ein sprunghafter Anstieg zu beobachten: Waren im

Januar 2004 gerade einmal 326.000 Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter beschäftigt, so hat sich diese Zahl bis zum Juni 2008 auf über 800.000 Personen mehr als verdoppelt.

Im Zuge der Weltwirtschaftskrise ist die Zahl der Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter zwischenzeitlich auf knapp unter 600.000 Beschäftigte gesunken. Doch aktuell zeigt sich die Zeitarbeitsbranche bereits wieder als eine der Gewinnerinnen der Krise.

Der seit 2004 auszumachende Trend der massiven Ausweitung der Leiharbeit setzt Stammebelegschaften, Löhne und Tarifstrukturen unter Druck und hebt das Prinzip „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ aus, denn Leiharbeiterinnen und Leiharbeiter werden für die gleiche Arbeit schlechter bezahlt.

Abbildung 4: Geringfügige Beschäftigung in Deutschland 2003-2009 (Stichtag jeweils 01.06.)



- ✓ Einen wesentlichen Beitrag zum Anstieg der Niedriglohnbeschäftigung haben auch die im Zuge der „Hartzreform“ eingeführten Minijobs geleistet. Die geringfügige Beschäftigung ist seit 2003 deutlich gestiegen.
- ✓ Als Minijobs – die offizielle Bezeichnung lautet geringfügige Beschäftigung – gelten Beschäftigungsverhältnisse, deren Entgelt 400€ pro Monat nicht übersteigt.
- ✓ Sie zeichnen sich dadurch aus, dass der Arbeitgeber in der Regel pauschale Beiträge zur Kranken- und Rentenversicherung und Umlagebeträge zum Ausgleich von Arbeitgeberaufwendungen bei Krankheit und Mutterschaft zahlt sowie einen ebenfalls pauschalen Lohnsteuerbeitrag abführt. Für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen fallen keine Abgaben an. Dies wird von der Arbeitgeberseite häufig dazu benutzt Minijobber/innen im Vergleich zu sozialversicherungspflichtigen Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigten geringere Stundenlöhne zu zahlen. So werden die im Vergleich zur voll sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung etwas höheren pauschalen Arbeitgeberabgaben mehr als kompensiert.

II. Berlin und Brandenburg

Im zweiten Teil unserer Zusammenstellung „Prekäre Beschäftigung auf dem Vormarsch: wie ein Jobwunder entzaubert wird“ haben wir Daten des WSI, des Institut Arbeit und Qualifikation genutzt sowie Daten der Betriebspanel 2009 – Ergebnisse der vierzehnten Welle (Berlin und Brandenburg) genutzt.

A) Aus der Untersuchung „Da sollte mehr drin sein! Tarifliche Vergütungen im Niedriglohnbereich“ des WSI (Datenstand der Auswertung war Ende März 2010):

Das Wichtigste in Kürze

1. In Berlin liegen 6,5% der tariflichen Vergütungsgruppen unterhalb von 7,50€, weitere 9,7% liegen unterhalb von 8,50€. Damit liegen rund 16,2 % der Vergütungsgruppen unter dem gewerkschaftlich geforderten gesetzlichen Mindestlohn von 8,50€.
2. In Brandenburg liegen 11,4% der tariflichen Vergütungsgruppen unterhalb von 7,50€, weitere 8,2% liegen unterhalb von 8,50€. Damit liegen 19,6 % der Vergütungsgruppen unter dem gewerkschaftlich geforderten gesetzlichen Mindestlohn.
3. Auch in Berlin und Brandenburg zählen Bewachungsgewerbe, Erwerbsgartenbau, Floristik, Friseurhandwerk, Gebäudereinigerhandwerk und Hotel- und Gaststättengewerbe zu den vom Niedriglohn am stärksten betroffenen Branchen.
4. **Die Tarifbindung der Betriebe liegt in Brandenburg bei 29 Prozent, damit sind 58 Prozent der Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben tätig. In Berlin sind 25 Prozent der Betriebe tarifgebunden, erfasst werden hier 55 Prozent aller Beschäftigten.**



B) Warum wächst der Niedriglohnsektor? Ursachen, Daten und Fakten für Berlin und Brandenburg

Die Ausweitung des Niedriglohnsektors hat in Berlin und Brandenburg, genau wie auf der Bundesebene, verschiedene Ursachen. Wesentliche Gründe sind die Zunahme von atypischer Beschäftigung und Solo-Selbständigen auf der einen Seite und die Abnahme von Normalarbeitsverhältnissen auf der anderen Seite.

Brandenburg liegt mit einem Flexibilisierungsgrad (Anteil atypischer Beschäftigungsverhältnisse an allen Beschäftigungsverhältnissen) von 32% nur ganz knapp unter dem Bundesdurchschnitt (33%), Berlin weist mit 37% den höchsten Flexibilisierungsgrad bundesweit auf.



Wenn atypische Beschäftigung auch nicht automatisch gleichzusetzen ist mit prekärer Beschäftigung, so weisen sie doch vielfach Merkmale von unsicheren Beschäftigungsverhältnissen auf und sind einer der wesentlichen Gründe für einen wachsenden Niedriglohnsektor.

Frauen sind 2009 häufiger als Männer atypisch beschäftigt. Kerngebiete bleiben für Frauen nach wie vor vornehmlich die Teilzeitbeschäftigung aber auch die geringfügige Beschäftigung. In der Leiharbeitsbranche sind sie deutlich weniger vertreten als die Männer.

1. Trenddaten für Berlin und Brandenburg

Übersicht - Berlin

Insgesamt

Indikatoren	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SVB)							
Insgesamt	1065424	1042262	1013758	1024464	1047812	1081660	1106163
Vollzeit	870559	848124	820390	822015	830970	853823	867005
Teilzeit	194277	193484	192799	201942	215884	226912	237484
Leiharbeit	10865	13079	14054	19086	23323	25004	23246
Mini - Jobs							
Insgesamt	140064	179595	179697	192172	197450	201653	209434
ausschließlich	112098	135879	133696	141390	142677	143146	146736
Nebenberuflich	27966	43716	46001	50782	54773	58507	62698
Arbeitsgelegenheiten / Ein - Euro - Jobs							
Insgesamt	-	-	21276	36260	31807	35299	34110
Mehraufwand (1 € - Job)	-	-	19800	31813	28498	32506	25250
Entgeltvariante	-	-	1476	4447	3309	2793	8860

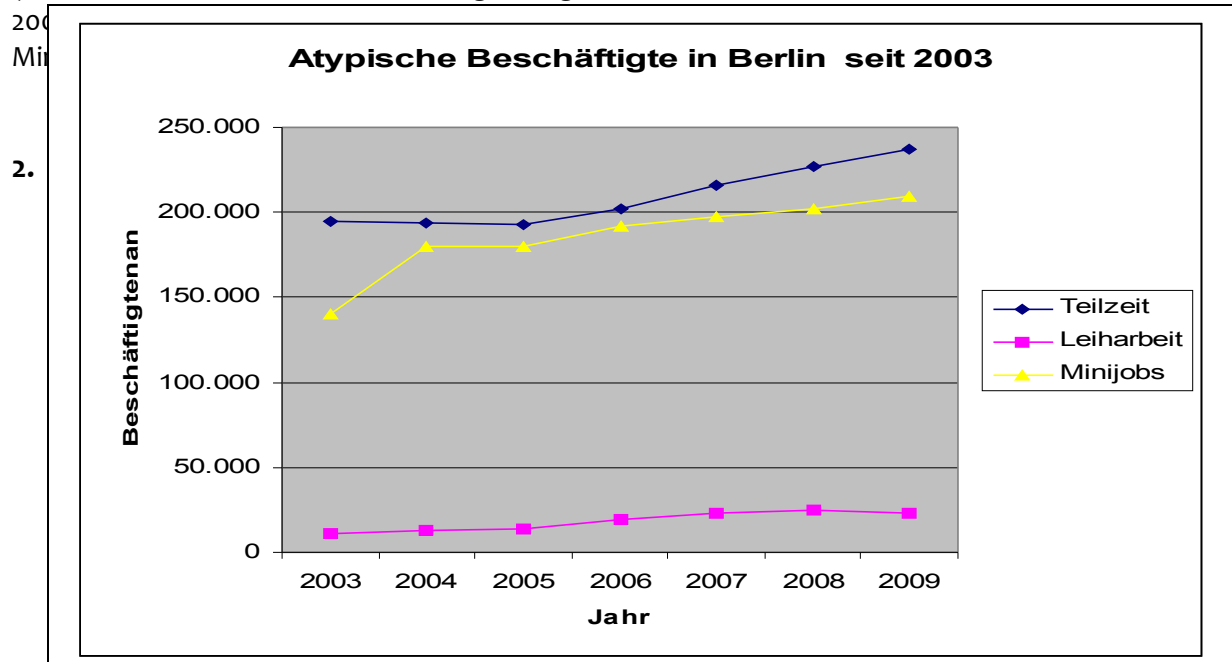
Übersicht - Brandenburg

Insgesamt

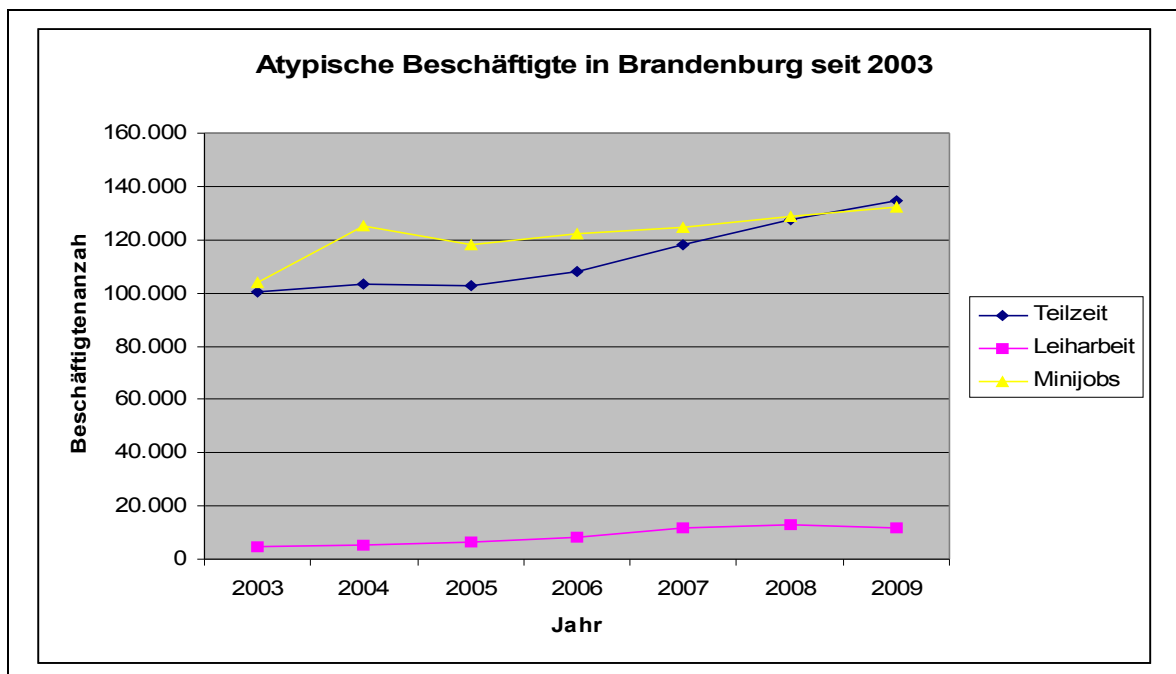
Indikatoren	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte (SVB)							
Insgesamt	732935	715500	698915	705763	724856	737119	738174
Vollzeit	632281	611814	595707	597608	606462	609199	603319
Teilzeit	100241	103405	102979	107934	118036	127533	134485
Leiharbeit	4737	5462	6262	8164	11745	12711	11818
Mini - Jobs							
Insgesamt	103772	124900	118167	121983	124540	128748	132227
ausschließlich	87779	101289	93740	96417	97340	98790	100202
Nebenberuflich	15993	23611	24427	25566	27200	29958	32025
Arbeitsgelegenheiten / Ein - Euro - Jobs							
Insgesamt	-	-	16714	22481	19641	21641	23309
Mehraufwand (1 € - Job)	-	-	16665	20488	17767	19541	20413
Entgeltvariante	-	-	49	1993	1874	2100	2896

Quelle: Hans Böckler Stiftung (Hrsg.), Atypische Beschäftigung in Berlin, 2010, S.2.
 Hans Böckler Stiftung (Hrsg.), Atypische Beschäftigung in Brandenburg, 2010, S.2.

(Der Trend für Berlin und Brandenburg: Stetiger Zuwachs an Teilzeitarbeit zwischen 2003 und



Quelle: Hans Böckler Stiftung (Hrsg.), Atypische Beschäftigung in Berlin, 2010, S.2. Eigene Darstellung.



Quelle Hans Böckler Stiftung (Hrsg.), Atypische Beschäftigung in Berlin, 2010, S.2. Eigene Darstellung.

3. Sozialversicherungspflichtige und atypische Beschäftigte 2009

Region/ Beschäftigung	Deutschland	Ostdeutschland	Berlin	Brandenburg
Sozialvers. beschäftigte Arbeitnehmer	27.380.096	5.216.459	1.081.660	738.174
Atypische Beschäftigung	12.923.606	2.037.214	470.164	278.530
Teilzeitbeschäftigte	5.201.759	1.012.272	237.484	134.485
Leiharbeiter	530.099	112.449	23.246	11.818
Geringfügig Beschäftigte	7.191.748	912.493	201.653	132.227

Quelle:

WSI in der Hans-Böckler-Stiftung, Datenkarte 2010 –Bundesrepublik Deutschland, 2010, Stichtag 30.06.2010, eigene Berechnung.

WSI in der Hans-Böckler-Stiftung, Datenkarte 2010 –Berlin, 2010, Stichtag 30.06.2010.

WSI in der Hans-Böckler-Stiftung, Datenkarte 2010 –Brandenburg, 2010, Stichtag 30.06.2010.

4. Frauenanteil nach Beschäftigungsarten

Region/ Beschäftigung	Ostdeutschland	Frauenanteil an allen sozialversicherung spflichtigen Beschäftigungsart en in Ostdeutschland absolut und in %	Berlin	Frauenanteil an allen sozialversicherung spflichtigen Beschäftigungsart en in Berlin absolut und in %	Brandenburg	Frauenanteil an allen sozialversicherung spflichtigen Beschäftigungsart en in Brandenburg absolut und in %
Sozialvers. beschäftigte Arbeitnehmer	5.216.459	2.611.717 50,1%	1.081.660	570.440 52,7%	738.174	361.304 49%
Atypische Beschäftigung	2.037.214	1.387.010 68,1%	470.164	299.137 63,6%	278.530	187.569 67,3%
Teilzeitbeschäftigt e	1.012.272	820.724 81,1%	237.484	173.743 73,2%	134.485	109.791 81,6%
Leiharbeiter	112.449	33.270 29,6%	23.246	8.229 35,3%	11.818	2.782 23,5%
Geringfügig Beschäftigte	912.493	533.016 58,4%	201.653	113.072 56,1%	132.227	74.996 56,7%

Quelle:

WSI in der Hans-Böckler-Stiftung, Datenkarte 2010 –Bundesrepublik Deutschland, Stichtag 30.06.2010, eigene Berechnung.

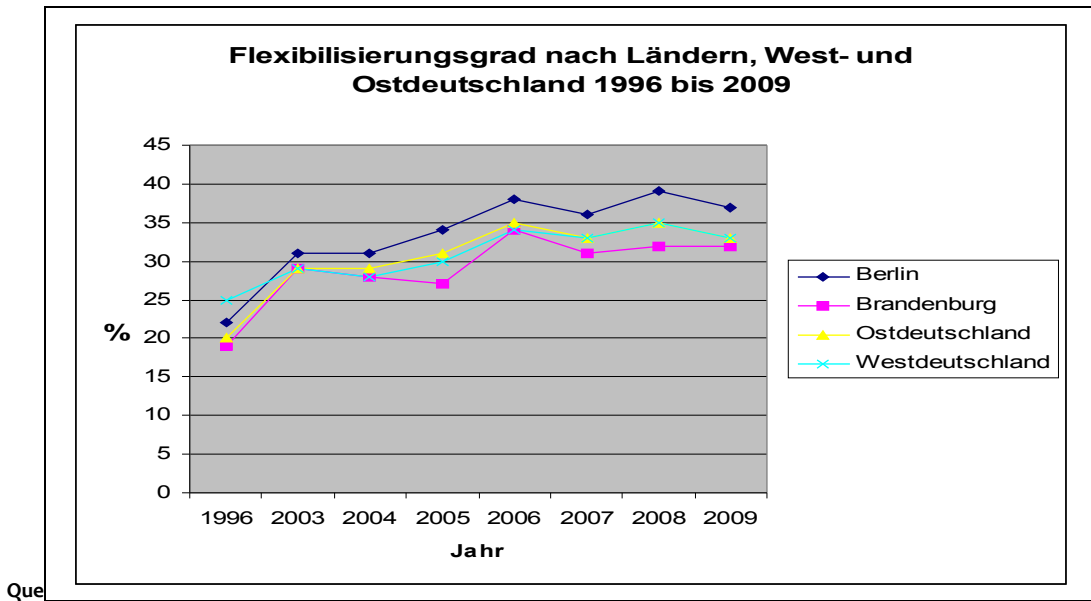
WSI in der Hans-Böckler-Stiftung, Datenkarte 2010 –Berlin, 2010, Stichtag 30.06.2010, eigene Berechnung.

WSI in der Hans-Böckler-Stiftung, Datenkarte 2010 –Brandenburg, 2010, Stichtag 30.06.2010, eigene Berechnung.

5. Flexibilisierungsgrad nach Ländern, Ost- und Westdeutschland 1996 bis 2009 (Stand: jeweils 30. Juni)

Länder	Flexibilisierungsgrad							
	1996	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
	Prozent							
Berlin	22	31	31	34	38	36	39	37
Brandenburg	19	29	28	27	34	31	32	32
Ostdeutschland	20	29	29	31	35	33	35	33
Westdeutschland	25	29	28	30	34	33	35	33

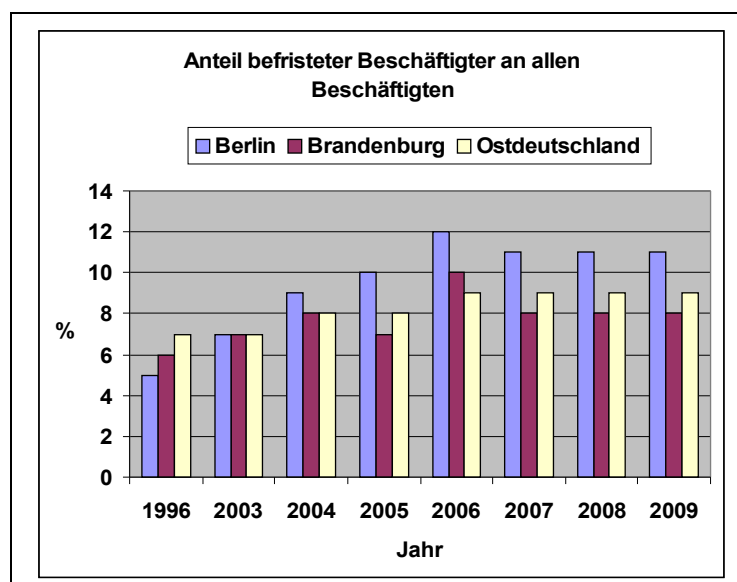
Quelle: SENIAS (Hrsg.), Betriebspanel Berlin (14. Erhebungswelle 2009), Juni 2010, S. 28.



6. Befristet Beschäftigte (Anteil an allen Beschäftigten **in** %) nach Ländern, Ost- und Westdeutschland 1996 bis 2009 (Stand: jeweils 30. Juni)

Jahr Region	1996	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Berlin	5	7	9	10	12	11	11	11
Brandenburg	6	7	8	7	10	8	8	8
Ostdeutschland	7	7	8	8	9	9	9	9

Quelle: SENIAS (Hrsg.), Betriebspanel Berlin (14. Erhebungswelle 2009), Juni 2010, S. 35.



Quelle: SENIAS (Hrsg.), Betriebspanel Berlin (14. Erhebungswelle 2009), Juni 2010, S. 35. Eigene Darstellung.

7. Erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Bezieher nach Art der Erwerbstätigkeit und Höhe des Bruttoeinkommens (Aufstocker/innen)

ausgewählte Regionen	erwerbs- fähige Hilfeb- dürftige (eHb)	erwerbstätige AlgII-Bezieher		davon ¹⁾										
				abhängig erwerbstätige AlgII-Bezieher		nach Höhe des Brutto-Einkommens aus abhängiger Erwerbstätigkeit						selbständig erwerbstätige AlgII-Bezieher		
						≤ 400 Euro		> 400 - ≤ 800 Euro		> 800 Euro				
				absolut	in % an Sp. 1	absolut	in % an Sp. 2	absolut	in % an Sp. 4	absolut	in % an Sp. 4	absolut	in % an Sp. 4	absolut
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13		
Deutschland		4.868.411	1.404.651	28,9	1.286.765	91,6	728.264	56,6	236.891	18,4	321.610	25,0	127.383	9,1
Westdeutschland		3.250.400	891.026	27,4	826.905	92,8	484.192	58,6	153.879	18,6	188.835	22,8	70.337	7,9
Ostdeutschland		1.618.011	513.624	31,7	459.860	89,5	244.072	53,1	83.012	18,1	132.776	28,9	57.047	11,1
Berlin	11	440.695	127.411	28,9	108.778	85,4	57.065	52,5	22.388	20,6	29.325	27,0	19.808	15,5
Brandenburg	12	220.649	73.436	33,3	66.982	91,2	35.658	53,2	10.834	16,2	20.490	30,6	6.803	9,3

Quelle: Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.), Erwerbstätige Arbeitslosengeld II Bezieher August 2010, in: Arbeitsmarkt in Zahlen, 2010.